S 13 AL 12/01

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung 10
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 13 AL 12/01 Datum 19.06.2002

2. Instanz

Aktenzeichen L 10 AL 268/02 Datum 27.05.2004

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Nürnberg vom 19.06.2002 wird zurückgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten um die Aufhebung der Bewilligung von Arbeitslosengeld (Alg) sowie die Erstattung $\tilde{A}^{1}/_{4}$ berzahlter Leistungen einschlie \tilde{A} lich $\tilde{A}^{1}/_{4}$ berzahlter Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeitr \tilde{A} ge in H \tilde{A} he von insgesamt 5.878,72 DM.

Der 1970 geborene Kläger meldete sich am 03.05.1999 nach einer nicht zustande gekommenen Beschäftigung als Kraftfahrer arbeitslos. Mit Bescheid vom 12.05.1999 bewilligte ihm die Beklagte Alg vom 01.05.1999 (Samstag) bis zur erneuten Arbeitsaufnahme am 19.07.1999.

Aufgrund einer Ã\[\]berschneidungsmitteilung erfuhr die Beklagte von einer T\[A\]xtigkeit des Kl\[A\]xgers bei der Fa. D. T. GmbH Internationale Spedition (Fa. T.). Die

diesbezÃ $\frac{1}{4}$ gliche Anmeldung des Arbeitgebers zur Sozialversicherung erfolgte am 25.08.1999. Laut Auskunft der Fa. T. erhielt der KlÃ 1 ger fÃ 1 4r die Zeit der TÃ 1 tigkeit vom 09.05.1999 bis 11.05.1999 fÃ 1 4r 20 geleistete Arbeitsstunden 720,00 DM (brutto wie netto, entspricht 36,00 DM pro Arbeitsstunde), fÃ 1 4r die Zeit vom 25.05.1999 bis 28.05.1999 fÃ 1 4r 42 Arbeitsstunden 546,00 DM (entspricht 13,00 DM pro Stunde) und fÃ 1 4r die Zeit vom 16.06.1999 bis 17.06.1999 fÃ 1 4r 18 Arbeitsstunden 234,00 DM (entspricht 13,00 DM pro Stunde).

Angehört hierzu erklärte der Kläger, er habe in diesen drei Zeiträumen bei der Fa. T. als Aushilfsfahrer gearbeitet und hierfür nur geringen Lohn erhalten. Die Beklagte sei aber in Kenntnis gesetzt gewesen.

Mit Bescheid vom 27.10.2000 hob die Beklagte die Bewilligung von Alg für die Zeit vom 09.05.1999 bis einschlieÃ□lich 18.07.1999 ganz auf und forderte überzahlte Leistungen sowie Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge in Höhe von insgesamt 5.878,72 DM zurück. In den angegebenen Zeiträumen habe der Kläger die Geringfügigkeitsgrenze von 15 Stunden wöchentlich überschritten und sich erst am 19.07.1999 wieder persönlich gemeldet.

Seinen Widerspruch hiergegen begründete der Kläger damit, er habe lediglich vom 10.05. bis 11.05.1999, vom 26.05. bis 27.05.1999 und am 16.06.1999 als Aushilfsfahrer nicht mehr als 15 Stunden wöchentlich gearbeitet. Die Anmeldung zur Sozialversicherung habe er erst im April 2000 erhalten.

Mit Widerspruchsbescheid vom 07.12.2000 wies die Beklagte den Widerspruch zurĽck. Der KlĤger sei ab 09.05.1999 nicht mehr arbeitslos gewesen. Die Wirkung der persĶnlichen Arbeitslosmeldung vom 03.05.1999 sei damit entfallen.

Zur Begründung der zum Sozialgericht Nürnberg (SG) erhobenen Klage hat der Kläger vorgetragen, er habe im Mai und Juni 1999 dreimal als Aushilfe bei der Fa. T. je nach Bedarf gearbeitet. Am 10. und 11.05.1999 sei er im Rahmen einer Umzugsfahrt nach K. und zurück gefahren und habe in K. beim Abladen geholfen. Wegen dieser Fuhre habe er bei der Beklagten nachgefragt. Eine ähnliche Tour habe er am 26. und 27.05.2000 übernommen. Am 16.06.1999 sei er lediglich von H. nach N. gefahren und habe dort beim Aufladen geholfen. An diesen Tagen hätte er die 15-Stunden-Grenze nicht überschritten, die Angaben der Fa. T. seien falsch. Im Ã□brigen sei eine Aufhebung über den Zeitraum der Tätigkeit hinaus unbillig, zumal der Beklagten Nebeneinkþnfte bekannt gewesen seien. Er habe auch nicht grob fahrlässig gehandelt, vielmehr sei er davon ausgegangen, dass er mit der Mitteilung, solche Tätigkeiten durchgefþhrt zu haben, und der Angabe der Höhe des Nebeneinkommens seiner Pflicht Genüge getan habe. Es habe sich nur um gelegentliche und vernachlässigenswerte Tätigkeiten gehandelt.

Das SG hat die Zeugen K. (Kraftfahrer bei der Fa. T.) und T. uneidlich vernommen. Der Zeuge K. hat erklärt, er sei zusammen mit dem Klärger gefahren. Der Klärger habe nie mehrere Tage hintereinander gearbeitet. In welchem Umfang er fähr die Fa. T. tärtig gewesen sei, känne er nach so langer Zeit nicht mehr sagen. Der Zeuge T. hat ausgefährt, die von seinem Steuerberater zur Arbeitszeit des

Klägers gemachten Angaben seien grundsätzlich richtig. Der Kläger habe zwei bis dreimal fþr die Fa. T. gearbeitet und sei je einmal nach M. und nach W. gefahren. Dies wisse er noch ganz genau. Es könne auch sein, dass er noch andere Vorbereitungsarbeiten im Betrieb ausgeführt habe.

Hierzu hat der Kläger vorgebracht, die Fahrt nach W. habe ca. Ende 1997/Anfang 1998 stattgefunden. Es habe sich um einen Freundschaftsdienst gehandelt und er habe eine Aufwandsentschädigung erhalten, die nunmehr offensichtlich in die Meldung zur Sozialversicherung mit hineingenommen worden sei.

Mit Urteil vom 19.06.2002 hat das SG die Klage abgewiesen. Die Rýcknahme der Bewilligung sei zu Recht erfolgt. Nach der glaubhaften Aussage des Zeugen T. habe der Kläger vom 09.05.1999 bis 10.05.1999 mehr als 15 Stunden gearbeitet und sich erst am 19.07.1999 erneut persönlich gemeldet. Aufgrund des ausgehändigten Merkblattes habe er zumindest wissen mýssen, dass er auch eine geringfýgige Beschäftigung anzuzeigen habe. Diese Pflicht habe er grob fahrlässig verletzt.

Zur Begründung der dagegen zum Bayer. Landessozialgericht eingelegten Berufung hat der Kläger vorgetragen, das Sozialgericht habe die Glaubwürdigkeit der Zeugen unzutreffend eingeschätzt und die Aussagen unzutreffend ausgelegt. Es hätte weiter ermitteln müssen. Er habe lediglich die von ihm bereits im sozialgerichtlichen Verfahren angegebenen Fahrten mitgemacht.

Der KlĤger beantragt, das Urteil des Sozialgerichts Nürnberg vom 19.06.2002 sowie den Bescheid vom 27.10.2000 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 07.12.2000 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurĽckzuweisen.

Sie hält die Entscheidung des SG für zutreffend.

Die Zeugen K., T. und H. sind vom Senat schriftlich vernommen worden. Auf deren Aussagen wird ebenso Bezug genommen wie auf die beigezogene Akte der Beklagten sowie die Gerichtsakten erster und zweiter Instanz.

Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung (§Â§ 143, 144, 151 Sozialgerichtsgesetz â∏ SGG -) ist zulässig, aber nicht begründet. Zu Recht hat das SG die Klage abgewiesen. Der Bescheid vom 27.10.2000 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 07.12.2000 ist rechtmäÃ∏ig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten.

Rechtsgrundlage fÃ $\frac{1}{4}$ r die RÃ $\frac{1}{4}$ cknahme der Bewilligung von Alg mit Bescheid vom 27.10.2000 stellt <u>§ 45 Abs 2 Satz 3 Nr 2</u> Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) dar. Hiernach darf ein Verwaltungsakt, der ein Recht oder einen rechtlich erheblichen Vorteil begrÃ $\frac{1}{4}$ ndet oder bestÃ $\frac{1}{4}$ tigt hat (begÃ $\frac{1}{4}$ nstigender

Verwaltungsakt), auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen werden, soweit er rechtswidrig ist, wenn er auf Angaben beruht, die der Begünstigte vorsätzlich oder grob fahrlässig in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig gemacht hat.

Der Bewilligungsbescheid vom 12.05.1999 war von Anfang an fýr die Zeit ab 09.05.1999 rechtswidrig gewesen. Bereits bei seinem Erlass hatte der Kläger in einem Beschäftigungsverhältnis mit einer Arbeitszeit von 15 Stunden und mehr wöchentlich bei der Fa. T. gestanden. Er war somit bereits zu diesem Zeitpunkt nicht mehr arbeitslos.

GemäÃ∏ <u>§ 118 Abs 1</u> Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) ist arbeitslos ein Arbeitnehmer, der vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht (Beschäftigungslosigkeit) und eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung sucht (Beschäftigungssuche). Die Ausübung einer weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassenden Beschäftigung schlieÃ∏t Beschäftigungslosigkeit nicht aus; gelegentliche Abweichungen von geringer Dauer bleiben unberücksichtigt (<u>§ 118 Abs 2 Satz 1 SGB III</u> in der ab 01.01.1998 geltenden Fassung).

Das BeschĤftigungsverhĤltnis des KlĤgers bei der Fa. T. für die Tätigkeit ab 09.05.1999 endete spĤtestens am 11.05.1999 und überschritt in dieser Zeit die Kurzzeitigkeitsgrenze. Eine lediglich gelegentliche Abweichung von geringer Dauer ist daher für dieses Beschäftigungsverhältnis nicht gegeben, denn während des gesamten BeschĤftigungsverhĤltnisses ist die Kurzzeitigkeitsgrenze überschritten. Nach Auffassung des Senats steht fest, dass der Kläger in diesem Zeitraum von weniger als einer Woche â∏ es ist auf die auf den Tätigkeitsbeginn folgenden Tage abzustellen â∏ 15 Stunden und mehr für die Fa. T. tätig war. Dies ergibt sich aus den Ausfļhrungen des Zeugen T. vor dem SG, der die von seinem Steuerberater gegenüber der Beklagten gemachten Angaben als grundsÃxtzlich zutreffend bestÃxtigte. Diese Angaben belegen unabhÃxngig von der LohnhĶhe eine 20-stündige Tätigkeit im genannten Zeitraum. Dass hierbei in den angegebenen Bezügen Aufwandsentschädigungen für eine frühere Fahrt mit eingerechnet worden sein sollen, erlangt vorliegend keine entscheidende Bedeutung, denn die HĶhe des Einkommens spielt bei der Frage der Kurzzeitigkeit keine Rolle. Zwar mag, wie sich aus dem Stundenlohn für diesen Zeitraum ergibt (36,00 DM pro Stunde gegenüber 13,00 DM pro Stunde für die weiteren Touren), eine zu hohe Angabe von Arbeitslohn erfolgt sein, jedoch ist mit der Angabe von 20 Arbeitsstunden keine zu hohe Angabe hinsichtlich der BeschĤftigungsdauer erfolgt. Auf den wohl üblichen Stundenlohn von 13,00 DM umgerechnet ergĤbe sich nĤmlich eine Stundenzahl für die Tätigkeit ab 09.05.1999 von knapp 56 Stunden. Andererseits kann sich der gegenļber anderen Fahrten relativ hohe Verdienst auch aus etwaigen Auslagen des KlĤgers wegen einer langen Auslandsfahrt ergeben. All diese Ã\u00f4berlegungen legen die Richtigkeit der angegebenen Stundenzahl von 20 nahe. Hierfür sprechen auch die Erstangaben des KIägers im Rahmen der Anhörung. Der KIäger hatte damals eine Tätigkeit vom 09.05.1999 bis 11.05.1999 â∏ also für 4 Tage â∏∏ bestÃxtigt. Weitere Unterlagen hierzu liegen in der Fa. T. nicht mehr vor. Damit

kann die Beklagte den Nachweis des Älberschreitens der Kurzzeitigkeitsgrenze führen, dem Kläger hingegen gelingt der Gegenbeweis nicht. Dies geht zu seinen Lasten (zur objektiven Beweislast vgl u.a. Meyer-Ladewig, SGG, 7.Aufl, § 103 RdNr 19c). Der Zeuge K. konnte gegenüber dem SG zu den genauen Terminen und der Dauer der BeschĤftigung des KlĤgers keine exakten Angaben mehr machen. Allein die Angabe, der KlĤger habe nie mehrere Tage hintereinander gearbeitet, spricht nicht gegen die Angaben des Zeugen T., denn diese Formulierung des Zeugen K. besagt nicht, der KlĤger habe allenfalls 2 Tage hintereinander gearbeitet. Möglich ist ebenso, dass ein Arbeitstag kurz vor Mitternacht begonnen hat, was im Speditionsgewerbe nicht ungewĶhnlich sein dýrfte und gerade am Sonntag, den 09.05.1999, der Fall gewesen sein könnte, oder eventuell erst kurz nach Mitternacht endet, so dass sich auf diese Weise die drei von der Fa. T. gemeldeten Arbeitstage ergeben haben kA¶nnten. Der vom Senat schriftlich vernommene Zeuge A. â∏∏ vormals H. â∏∏ kann zu einem Gespräch des Klägers mit der Beklagten keine Auskunft â∏ mehr â∏ geben und sich nur an einen einzigen 4-stündigen Arbeitstag des Klägers erinnern. Dies widerspricht jedoch den eigenen Angaben des KlĤgers in seiner Klageschrift, so dass der Senat insoweit den Zeugen nicht für glaubhaft hÃxlt.

Die Zeugen konnten schriftlich vernommen werden. Die Beteiligten haben gegen diese Art der Vernehmung keine EinwĤnde erhoben und eine schriftliche Zeugenbefragung ist mĶglich, wenn das Gericht dies fýr ausreichend hält (vgl Meyer-Ladewig, SGG, 7. Auflage, § 106 RdNr 11). Da es sich hier um einfache Beweisfragen handelt, nämlich letztendlich um die Frage, ob die Zeugen das Gespräch des Klägers mit der Beklagten hinsichtlich seiner Nebentätigkeit mitgehört haben und ob sie Auskünfte zur Tätigkeitsdauer des Klägers bei der Fa. T. geben können, und diese Fragen für die Zeugen verständlich und auch leicht zu beantworten sind â☐ es handelte sich um ganz einfache Lebensvorgänge â☐ hält der Senat die schriftliche Zeugenaussage für einen vollwertigen Ersatz einer mündlichen Aussage (vgl hierzu Thomas/Putzo, ZPO, 24. Auflage, § 377 RdNr 2; Baumbach/Lauterbach, ZPO, 60. Auflage, § 377 RdNr 10; Zöller/Greger, ZPO, 23. Auflage, § 377 RdNr 7; Krasney/Udsching, Handbuch des sozialgerichtlichen Verfahrens, 3. Auflage, Kapitel III RdNr 40).

Somit steht zur Ä berzeugung des Senats fest, dass der Kläzger ab 09.05.1999 nicht mehr arbeitslos und der Bewilligungsbescheid vom 12.05.1999 somit von Anfang an rechtswidrig war. Der Kläzger hatte keinen Anspruch auf Alg ab 09.05.1999 mehr.

Die Beklagte konnte den Bewilligungsbescheid auch zurücknehmen, denn der Kläger hat die Aufnahme einer Beschäftigung in mehr als geringfügigen Umfang ab 09.05.1999 der Beklagten nicht mitgeteilt, obwohl er hierzu verpflichtet war (§ 60 Abs 1 Nr 1 und 2 Erstes Buch Sozialgesetzbuch â□□ SGB I -). Der Bescheid vom 12.05.1999 beruht daher auf unvollständigen Angaben des Klägers.

Der KlĤger hat diese Angaben in wesentlicher Beziehung auch zumindest grob fahrlĤssig unrichtig bzw unvollstĤndig gemacht. Grobe FahrlĤssigkeit liegt vor,

wenn der Begünstigte die erforderliche Sorgfalt in besonders schwerem MaÃ∏e verletzt hat (§ 45 Abs 2 Satz 3 Nr 3 Halbsatz 2 SGB X). Die grobe Fahrlässigkeit ergibt sich daraus, dass der KlĤger das ihm ausgehĤndigte Merkblatt ("Ihre Rechte â∏∏ Ihre Pflichten", Stand: Januar 1998) entweder nicht zur Kenntnis genommen hat oder die darin genannten Pflichten zumindest grob fahrlÄxssig nicht befolgt hat. Bei seiner Arbeitslosmeldung am 03.05.1999 hat der KlĤger zwar den Empfang und die Kenntnisnahme dieses Merkblattes nicht unterschriftlich bestÄxtigt. Von der AushÄxndigung ist aber auszugehen, denn der KlÄxger hat eine solche bislang nicht bestritten. Unabhängig davon ist ihm â∏∏ und dies hat er unterschriftlich bestätigt â∏ bei seiner vorangegangenen Arbeitslosmeldung am 18.12.1998 â∏ also erst kurz zurückliegend â∏ ein entsprechendes Merkblatt ausgehändigt worden. In diesem Merkblatt ist auf Seite 17 ausgeführt: "Bei der Aufnahme jeder BeschĤftigung prüft das Arbeitsamt, ob diese BeschĤftigung die Arbeitslosigkeit und damit den Anspruch auf Arbeitslosengeld entfallen IAxsst â∏! Es ist in Ihrem eigenen Interesse sehr wichtig, dass Sie jede aufgenommene BeschÄxftigung vor deren Beginn dem Arbeitsamt anzeigen. Bei Nichtanzeige oder Anzeige einer Tatsache (z.B. einer BeschĤftigung) nach deren Eintritt, die die Arbeitslosigkeit entfallen lÄxsst, kann die Leistung erst wieder nach erneuter Arbeitslosmeldung gezahlt werden." Auf Seite 53 wird auf Folgendes hingewiesen: "Wenn Sie eine Leistung beantragt haben oder beziehen, sind Sie auch verpflichtet, dem Arbeitsamt solche ̸nderungen mitzuteilen, die für die Beurteilung des Leistungsanspruches bedeutsam sein könnten. Falls sich solche Ã∏nderungen ergeben, melden Sie diese bitte unaufgefordert und sofort, notfalls telefonisch, da nur so Sachverhalte, die ihren Leistungsanspruch beeinflussen, rechtzeitig berücksichtigt und Ã∏berzahlungen vermieden werden können". Auf Seite 54 wird zusätzlich angegeben: "Ob eine Ã∏nderung fþr Ihren Leistungsanspruch von Bedeutung ist, prÃ1/4ft das Arbeitsamt. Bitte unterrichten Sie deshalb das Arbeitsamt auch in ZweifelsfĤllen." Aufgrund dieser Ausfļhrungen im Merkblatt musste der KlAzger wissen, dass er die Aufnahme der TAztigkeit bei der Fa. T., unabhängig von seiner rechtlichen Einschätzung dieser Tätigkeit, der Beklagten mitzuteilen hatte. Den eindeutigen Inhalt der übergegebenen Merkblätter nicht zur Kenntnis zu nehmen, stellt in der Regel eine grobe FahrlĤssigkeit dar (vgl Niesel, SGB III, 2. Auflage, § 330 RdNr 32; Wiesner in: von Wulffen, SGB X, 4. Auflage, § 45 RdNr 24 mwN; BSG SozR 3-4100 § 103 Nr 9), denn der Betroffene verletzt damit die erforderliche Sorgfalt in besonders schwerem Ma̸e. Anhaltspunkte dafür, dass der Kläger aus diesen eindeutigen Formulierungen des Merkblattes eine Pflicht zur Mitteilung nicht entnehmen konnte (subjektiver Sorgfaltspflichtma̸stab), fehlen. Insbesondere seine Ausführungen im Rahmen der Widerspruchs- und Klagebegründung zeigen, dass er den Zusammenhang zwischen einer Beschäuftigung und den Anspruch auf Alg erkannt hat. Hat er das Merkblatt nicht gelesen, so ist bereits hierdurch grobe FahrlAxssigkeit begrA¼ndet.

Zudem wusste der Kläger, wie er in seiner Klagebegründung ausführt, dass er Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte zu melden hatte. Dies aber hat er auch nachträglich nicht getan, vielmehr erst auf Anhörung der Beklagten hin Angaben dazu gemacht.

Die Beklagte war daher zur Rücknahme der Bewilligung von Arbeitslosengeld

berechtigt. Ab dem 09.05.1999 hatte der KlAzger keinen Anspruch auf Alg mehr.

Die Rücknahme durfte dabei auch für die Zeit ab 12.05.1999 â∏ nach Beendigung der Tätigkeit bei der Fa.T. am 11.05.1999 â∏ bis zur erneuten persönlichen Arbeitslosmeldung bzw â∏∏ wie vorliegend â∏∏ bis zur Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschärftigung am 19.07.1999 erfolgen. Dies ergibt sich aus <u>§ 117 Abs 1 Nr 2</u> iVm <u>§ 122 Abs 2 Nr 2 SGB III</u> in der ab 01.01.1998 geltenden Fassung. Nach <u>§ 122 Abs 2 Nr 2 SGB III</u> erlischt die Wirkung der Arbeitslosmeldung mit der Aufnahme einer Beschägtigung, wenn der Arbeitslose dies dem Arbeitsamt nicht unverzüglich mitgeteilt hat. So ist es hier. Die Beklagte hat erst mit ̸berschneidungsmitteilung vom 28.02.2000 von der Tätigkeit des Klägers bei der Fa. T. erfahren. Ã∏ber eine Information des Klägers hinsichtlich der streitgegenstĤndlichen TĤtigkeit an die Beklagte vor diesem Zeitpunkt finden sich keine Hinweise. GesprÄxchsvermerke hierzu sind nicht vorhanden. Der Zeuge H. kann laut seinen schriftlichen Ausfļhrungen hierzu keine Angaben machen. Die Akten selbst enthalten lediglich Vermerke über eine zuvor vom Kläger mitgeteilte, zunĤchst verschobene, spĤter nicht zustande gekommene TĤtigkeit bei einem anderen Unternehmen.

Die Beklagte somit war somit berechtigt, die Arbeitslosengeldbewilligung auch f $\tilde{A}^{1/4}$ r die Zeit vom 12.05.1999 bis 18.07.1999 zur $\tilde{A}^{1/4}$ ckzunehmen (vgl hierzu: <u>BSGE 77.</u> 175).

Die Erstattungsforderung hinsichtlich des $\tilde{A}^{1/4}$ berzahlten Alg beruht auf $\frac{\hat{A}\S 50 \text{ Abs } 1}{\text{SGB } X}$.

Die Kranken- und Pflegeversicherungsbeitr \tilde{A} ¤ge f \tilde{A} $\frac{1}{4}$ r die streitige Zeit sind gem \tilde{A} ¤ \tilde{A} $\tilde{A$

Nach alledem ist die Berufung des KlĤgers zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u>.

GrÃ 1 /4nde, die Revision gemÃ m Ã m § 160 Abs 2 Nrn 1 und 2 SGG zuzulassen, liegen nicht vor.

Erstellt am: 25.08.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024